



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XIII/174 - 5. August 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24894 - 39
Fernschreiber D886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Der Anschlag auf künftige Generationen Vermehrte Radioaktivität - eine Weltgefahr	52
2 - 3	Das Bündnis zerbricht Gespanntes Verhältnis zwischen Kommunisten und Katholiken in Polen	58
3 - 4	Kürzungen im Bundesmarine-Programm Ein verständlicher Beschluss	41
4a	Was Pittermann auffiel Russen fördern technischen Nachwuchs	36
5 - 6	Das Volksbegehren findet nicht statt Blick auf Rheinland-Pfalz	84

* * * *

* * *

5. August 1958

Der Anschlag auf künftige Generationen

Am Vorabend des Jahrestages des ersten Atombombenwurfes in der Geschichte der Menschheit auf eine bewohnte Stadt, auf Hiroshima, wurde die Öffentlichkeit durch zwei einspaltige Zeitungsnachrichten recht nachdrücklich daran erinnert, wie weit uns der Wahnsinn des Wettrüstens in atomaren Waffen gebracht hat. Im Hafen von New York weigerten sich Arbeiter, eine Ladung japanischen Tees zu löschen, da bei ihm Spuren von Strontium 90 gefunden worden waren. Erst nach längeren Zureden, verbunden mit der Versicherung, daß keine Strahlungsgefahr von dem Tee ausgehe, erfolgte die Löschung. Ein Experte der amerikanischen Atomenergiekommission, also ein Mann, dem man die Urteilsfähigkeit in diesem Falle wohl nicht absprechen kann, bestätigte, der Tee sei noch während seines Wachstums in Japan mit radioaktivem Staub besiedelt worden.

Fast zu gleicher Zeit wurde nach den vom chemischen Untersuchungsamt Konstanz an Regenwasser vorgenommenen Messungen festgestellt, bei Niederschlägen am Bodensee sei die Grenze, die für radioaktiv verseuchtes Trinkwasser noch zulässig ist, bereits überschritten. Es wurde für möglich gehalten, radioaktiv verseuchtes Niederschlagswasser könnte in die Tiefe des Bodensees gelangen, aus der Trinkwasser für Hunderttausende von Menschen gewonnen würde.

Diese beiden Meldungen, bei denen es nicht gelang, sie zu unterschlagen, beleuchten blitzartig die Gefahr, vor der wir und die nachgeborenen Generationen durch die Fortsetzung der nuklearen Testexplosionen stehen. Die Verpestung der Luft durch die steigende Radioaktivität, vor der sich kein Land schützen kann, nimmt beunruhigend zu. Zwischen Konstanz und Japan liegen viele tausende Kilometer, die Gefahren jedoch kennen keine Grenzen und Hindernisse, sie bedrohen alle Lebewesen gleichermaßen.

Viele Tausende Wissenschaftler und Männer wie Einstein und der Papst haben wiederholt ihre besorgte und mahnende Stimme vor der archaischen Vernichtung oder Deformierung des Menschengeschlechtes erhoben. Ihre Warnungen finden jeder Tag mehr Bestätigung; die zwei erwähnten Beweise des unheilvollen Wirkens durch Nuklearexplosionen ausgelöster Radioaktivität könnten zu einer langen Kette vermehrt werden. Der amerikanische Atomwissenschaftler Dr. Pauling bezifferte die Zahl der Kinder, die noch in dieser

Generation mit schrecklichen Males das Licht der Welt erblicken werden, auf etwa 100 000. Wer von den Mächtigen dieser Erde maßt sich das Recht an, das Leben ungeborener Generationen schon heute zu zerstören?

In Gerf tagen, fern vom Scheinwerferlicht aufdringlicher Publizität, Atomwissenschaftler aus West und Ost, um die Möglichkeiten zur Kontrolle von Atomwaffenversuchen zu beraten. Sie haben bisher gute Arbeit geleistet, sie sind sich einig darüber, daß Atomwaffenversuche registrierbar seien, wo immer sie auch stattfinden mögen. Damit wird ein Haupteinwand der Gegner einer Einstellung von nuklearen Testexplosionen hinfällig, sie können sich nicht mehr des Vorwands bedienen, zu weiteren Versuchen gezwungen zu sein, weil sie befürchten, die Gegenseite tue dasselbe. Einer kann dem anderen auf die Finger sehen. Ist das nicht überzeugend genug, um nun ein internationales Kontrollsystem zu errichten, das, wie fundierte Untersuchungen bewiesen, von der öffentlichen Meinung fast aller Länder gewünscht wird?

Die Entscheidung liegt bei den Staatsmännern im Westen und im Osten. Die Möglichkeiten eines technisch gut funktionierenden Kontrollsystems sind gegeben - wer sich ihm unter Vorwänden nun entzieht, belädt sich mit unsühnbarer Schuld.

+ + +

Einstein warnt

Eine Woche vor seinem Tode, am 9. Juli 1955, unterzeichnete Albert Einstein eine Erklärung, die von verzweifelter Sorge um das Schicksal der Menschheit getragen war:

"Wir müssen uns fragen, wie man einen militärischen Zusammenstoß verhindern kann, dessen Folgen notgedrungen für alle Teile katastrophal sein müssen. Wir wissen seit den Bikini-Versuchen, daß Atombomben nach und nach Vernichtung über einen sehr viel größeren Raum auszustrahlen vermögen, als man ursprünglich annahm. Es wird von Fachseite erklärt, daß jetzt eine Bombe hergestellt werden kann, die zweitausendfünfhundertmal stärker ist, als die, die Hiroshima zerstörte.

Hier liegt das Problem, das wir den Staatsoberhäuptern der Welt unterbreiten, ein drohendes und düsteres Problem: Sollen wir das Ende der Menschheit herbeiführen oder soll die Menschheit auf den Krieg verzichten?"

+ + +

5. August 1958

Das Bündnis zerbricht

-k. Das Bündnis, daß die Kommunisten und die Katholiken im Herbst 1956 in Polen geschlossen haben, beginnt zu zerbrechen. Die Polizeiaktionen gegen das Pauliner-Kloster in Tschestochau, in dem sich das Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna befindet, trägt so demonstrative Bude, daß man sie nicht als einen Einzelfall zu betrachten vermag. Die polnische Regierung hüllt sich noch in Schweigen, aber sie hat sich noch nicht von den Maßnahmen der Miliz in Tschestochau distanziert.

Schon seit langer Zeit war die tolerante Haltung gegenüber der katholischen Kirche von den übrigen Ostblockstaaten heftig kritisiert worden. Das Stillhalteabkommen, das der polnische Parteichef bei seinem Eintritt im Herbst 1956 mit Kardinal Wyszynski schloß, basierte auf der Erkenntnis, daß die katholische Kirche in Polen ein so überragender Faktor ist, auf dessen aktive Mitarbeit in der schwierigen Lage des Landes nicht verzichtet werden konnte. Die ungleiche Ehe von Kommunisten und Katholiken wurde damals auf dem Boden des polnischen Nationalismus geschlossen. Beide Partner waren sich darüber einig, daß sich das Land eine kleine Freiheit von Moskau erkämpfen, dabei aber mit allen Mitteln die Oder-Weiß-Linie verteidigen müsse. Dieser Zustand wurde indessen niemals durch ein schriftliches Abkommen sanktioniert. Noch heute sind zahlreiche kirchenfeindliche Bestimmungen aus der stalinistischen Ära in Kraft; es gibt kein Konkordat, und auch die Frage der Bistümer in den deutschen Ostgebieten ist noch immer nicht geregelt.

Schwieß werden die polnischen Kommunisten heute wie im Herbst 1956 deutlich erkennen, daß die katholische Kirche Polens ein fast unangreifbares Bollwerk ist, und daß sich die persönliche Autorität des Kardinals Wyszynski kaum untergraben läßt. Jede Maßnahme gegen die Kirche kann sich, wie ja schon der Zwischenfall in Tschestochau zeigte, als ein Bumerang auswirken, der das Land in unübersehbare innere Schwierigkeiten stürzt. Warschau wird sich davor hüten, einen Kirchenkampf vom Zaun zu brechen, wie er in der Zeit des Stalinismus ohne nachhaltige Wirkungen entfacht wurde. Der neue Kurs gegenüber der Kirche scheint vielmehr darauf angelegt zu sein, in erster Linie die argwöhnischen volksdemokratischen Nachbarn zu beruhigen und sich dem neuen Frostwetter im Ostblock anzupassen. Man wird sich auf gelegentliche Polizeimaßnahmen und

auf die Anerkennung der staatlichen Zensurvorschriften durch die Kirche beschränken; und man wird vielleicht wieder die berichtigte "Pax" - Bewegung Piaseckis ins Spiel bringen, die man ja während der vergangenen zwei Jahre trotz aller Proteste der Kirche zwar auf Eis gelegt, aber nicht hat sterben lassen. Piasecki ist ein Mann, der das Vertrauen der Sowjets genießt, dessen Organisationen auch bei der Intelligenz Zuspruch finden und der darum reiche Möglichkeiten hätte, die Geschlossenheit der katholischen Kirche anzuschlagen.

Zur Verschärfung des Kurses mag auch die Tatsache beitragen, daß die Kirche einige der Aufgaben, die ihr der Staat gestellt hatte, nicht zu erfüllen vermochte. Lange Zeit nahm Kardinal Wyszyński in den außenpolitischen Bemühungen Warschaws einen bedeutenden Platz ein. Er sollte, vor allem über den Vatikan und über Bonn, den Durchbruch der polnischen Diplomatie nach Westen vorbereiten. Dieses Ziel hat er trotz monatelanger Verhandlungen in Rom nicht erreicht. Die Bonner Glaubensbrüder des Kardinals haben sich nicht dazu durchringen können, der polnischen Außenpolitik durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einer etwas größeren Beweglichkeit zu verhelfen. Für diesen Fehler muß jetzt nicht zuletzt die katholische Kirche Polens büßen. Die relative Freiheit vor Moskau, die Polen durch den Kapacki-Plan erringen wollte, war ihm nicht beschieden. Der Ruck nach Osten, den die polnische Außenpolitik als notwendige Konsequenz durchführen mußte, erweist sich jetzt zwargeläufig als eine gewaltige Gefahr nicht nur für die katholische Kirche, sondern auch für die mühsam erkämpfte innere Stabilität des Landes.

+ + +

Kürzungen im Bundesmarine-Programm

zu - Nun bekommen die "interessierten Admirale" doch nicht die Zerstörer, die sie sich für die neue Bundesmarine gewünscht hatten. Der Haushalts- und der Verteidigungsausschuß des Bundestages haben ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Nur die vier Zerstörer, die bei der Hamburger Stülcken-Werft in Auftrag gegeben worden sind, werden fertig gebaut. Der im Vorjahr darüber hinaus bewilligte Neubau von weiteren acht Zerstörern für rund 800 Millionen DM

wird nicht durchgeführt. Die bundeseigenen Kieler Howaldtswerke werden keinen Zerstörer auf Stapel legen, wie es bereits ein vereidigter Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums angekündigt hatte.

Der einstimmige Beschluß beider Ausschüsse zu diesem Punkt ist einleuchtend und verständlich. Wenn man sich an die im Rahmen der NATO gestellten Verteidigungsaufgaben halten will, dann darf man dem Flottenrüstungsprogramm nicht den Anschein eines "großspurigen und völlig unzweckmäßigen Luxus" geben. Jeder wohl denkende Marinefachmann wird bezweifeln, daß die Zerstörer in ihrer herkömmlichen Art überhaupt im Ostseeraum noch irgendwelche wichtigen Verteidigungsaufgaben gegenüber der starken sowjetrussischen Unterseebootsflotte in der Ostsee wahrnehmen können.

Hier spielt sich letztlich ein Problem im Kleinen ab, das die Großmächte auf den Weltmeeren bereits durchexerzieren, nämlich das Abwracken frisch gebauter Seelachtschiffe. Die Planer im Bundesverteidigungsministerium hätten vorher wissen können, daß erst eine gründliche Überprüfung aller neuen Konstruktionsmöglichkeiten im Zeitalter der Raketentechnik und verstärkten U-Boot-Abwehr als Voraussetzung für etwaige Zerstörerpläne notwendig gewesen wäre.

Auf ähnlicher Linie liegen die Streichungen der beiden Bundestagsausschüsse hinsichtlich der Hafenanlagen. Wenn man schon eine enge Flottenzusammenarbeit zur Verteidigung der Beltausgänge in der Ostsee anstrebt, so muß man davon ausgehen, daß die Bundesmarine auch dänische Häfen aufsuchen kann. Daher geht in aller Welt die Entwicklung ja auch dahin, auch kleine Kriegsschiffe auf See ständig durch Versorgungstransporter auszurüsten und betanken zu lassen.

So war es denn mehr als natürlich, daß die Ausschüsse sich weigerten, in Langballigen bei Flensburg einen großartigen Marinehafen für 50 Millionen DM bauen zu lassen. Auch für die beiden Marinecasernen in Kiel und Wilhelmshaven gibt es nur 34 statt 80 Millionen DM. Da hätte eigentlich bereits vom Standpunkt der so großartig gefeierten "freien" Wirtschaftspolitik der Bundesregierung von vornherein begriffen werden müssen, daß man auf staatseigenen Marinecasernen keine Großreparaturen und Neubauten mehr durchführen soll.

Was Pittermann auffiel

sp - In einem Interview mit der Wiener "Arbeiterzeitung" hat der österreichische Vizekanzler und Vorsitzende der österreichischen Sozialisten, Dr. Pittermann, seine Eindrücke in der Sowjetunion geschildert. Dr. Pittermann gehörte zu der Regierungs-Delegation, die kürzlich in Moskau weilte und dort ein für Österreich recht befriedigendes Abkommen abschloss, weil es eine beträchtliche Minderung seiner Reparationslieferungen nach der Sowjetunion brachte. Die Verhandlungen nahmen, da die Russen sich recht grosszügig verhielten und keine Schwierigkeiten machten, nicht sehr viel Zeit in Anspruch. Dr. Pittermann benutzte die Freizeit, um sich in Moskau und in Leningrad umzusehen. Das fiel ihm auf:

Eine Ausstattung des Instituts für Kernphysik in Dubna mit Mitteln, wie sie für den Durchschnittseuropäer kaum vorstellbar sind;

ein überall erkennbarer Lernwille breiter Volksschichten und die Förderung des Studiums durch die Regierung, die in nicht allzu ferner Zeit in ausserordentlichen Leistungen der Wissenschaft, aber auch der Wirtschaft, ihren Niederschlag finden werden;

eine intensive Förderung der geistigen Kräfte des Volkes, die die Grundlage für das Einholen, ja vielleicht für das Überholen heute noch führender Völker legt.

Dr. Pittermann zieht aus dieser Beobachtung für sein Land die Lehre, Österreich werde auf die Dauer weder mit Deutschmeister-Musik, noch mit den Schramkeln die so gern behauptete Stellung als Kulturmacht erhalten können. Es müsse Aufgabe der Gesamtpolitik sein, auch in Österreich allen Kindern unabhängig von den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Elternhauses nach ihrer Begabung den Weg zum Studium und allen Arbeitenden den Weg zum beruflichen Aufstieg zu öffnen. Was heute auf diesem Gebiet, meint Dr. Pittermann, gespart oder versäumt wird, würde sich schon in den nächsten Jahren in einem Absinken der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen bemerkbar machen.

Die Schlussfolgerungen Dr. Pittermanns treffen haargenau auch auf unsere bundesrepublikanischen Verhältnisse zu. Auch wir als einstmalige führende Industrie-Nation laufen Gefahr, zu einem unterentwickelten Land herabzusinken, das von anderen Völkern überflügelt wird.

5. August 1958

Das Volksbegehren findet nicht statt

-güp-Mainz

Kunmehr ist auch ein politisches Kapitel beendet, das in den letzten Wochen und Monaten im CDU-Schrebergarten Rheinland-Pfalz viel politischen Staub aufgewirbelt hat. Der SPD-Landesvorstand hat seinen am 31. Mai an die Landesregierung gestellten Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens zur Abhaltung eines Volksentscheids über die Auflösung des Landtags und Landtagsneuwahlen zurückgezogen. Das war an Tage, nach dem das CDU-FDP-Kabinett überraschenderweise beschlossen hatte, dem Antrag der SPD stattzugeben. Dieser mit entsprechenden Fußangeln versehene Beschluß wurde ein Tag nach dem Urteil des 2. Senats des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes gefaßt, das sich gegen die Volksbefragungen über die atomare Aufrüstung in Hamburg, Bremen und Hessen wendet.

Der Beschluß des rheinland-pfälzischen Kabinetts mußte überraschen, weil kurz zuvor der Ministerpräsident ein hauseigenes Rechtsgutachten seines Justizministeriums vorgelegt hatte, das das geforderte Volksbegehren in Grund und Boden verdammt. Damals war wegen des - inneren, politischen - Zusammenhangs von SPD-Antrag auf Landestagsauflösung mit Neuwahl und der Problematik der atomaren Bewaffnung bzw. der hierüber durchzuführenden Volksbefragung das unter FDP-Leitung stehende Justizministerium zu einer negativen Einstellung hinsichtlich der rechtlichen Zulassungsmöglichkeit gelangt. Vorgeschoben wurde als Grund das damals noch ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Volksbefragungen. Als das Urteil ergangen war, kam der Fußangel-Beschluß: dem Antrag der SPD auf Zulassung eines Volksbegehrens wurde stattgegeben mit dem gleichzeitigen Hinweis, daß das Volksbegehren nicht im Sinne einer Volksbefragung über die atomare Aufrüstung betrieben werden dürfe. Und Justizminister Becher ließ die (Verfassungsschutz-)Katze aus dem Sack: Verstöße, die bei der Propaganda für das Volksbegehren gegen diese Beschränkung gemacht würden, müßten von Fall zu Fall überprüft werden.

Hinter dieser abstrakt verklausulierten Formulierung des Justizministers steckt die massive Drehung mit dem Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz würde damit auf die Funktionäre der SPD losgelassen, die in Stadt und Land in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung das Thema atomare Aufrüstung und Volksbefragung nicht unberührt lassen können. Dann natürlich spielt die Frage, ob ein neuer Landtag - und den zu wählen

5. August 1958

ist ja das Ziel von Volksbegehren und Volksentscheid - die Adenauersche Atomrüstungspolitik so kritiklos wie bisher unterstützt wird oder ob sie - wenn nicht kommen - so doch zumindest künftig nicht mehr fördern wird, nicht nur eine, sondern die Rolle in der politischen Auseinandersetzung. Für das von Arsenalen und Raketenstützpunkten übersetzte Rheinland-Pfalz und seine Bewohner ist diese Frage auch das landespolitische Problem Nr. 1!

So verzichtete die rheinland-pfälzische SPD auf das Danagr-Geschenk der Landesregierung. Die Erklärung des Landesvorstandes sagte hierzu, was zu sagen war:

"Nach zweimonatiger Verschleppung hat die Landesregierung nunmehr entschieden, daß sie das in der Landesverfassung garantierte Volksbegehren zulassen würde. Die Zulassung des Volksbegehrens stellt sie jedoch gleichzeitig unter Bedingungen, die es der SPD nicht gestatten würden, die das deutsche Volk nach wie vor entscheidend bewegende Frage der atomaren Aufrüstung anzusprechen. Wenn die SPD unter solchen Voraussetzungen das Volksbegehren durchführen müßte, käme sie und Tausende ihrer Vertrauensleute in Konflikt mit den Staatsorganen. Es scheint geradezu die Absicht der Landesregierung zu sein, eine Verfassungsfeindlichkeit der SPD zu konstruieren und sie dann entsprechend zu behandeln. Die Landesregierung und die CDU haben außerdem von Anfang an zu erkennen gegeben, daß sie bei der Durchführung der sozialdemokratischen Akten jeden Winkelzug anwenden würden, um möglichst nahe an den ordentlichen Wahltermin vom Mai 1959 heranzukommen. Das beweist eindeutig ihre bisherige Haltung, welche die Absicht der SPD, umgehend zu einer Neuwahl und damit noch im Sommer 1958 zu einem neuen Landtag zu kommen, illusorisch gemacht hat.

Der bisherige Ablauf läßt deutlich erkennen, daß die Landesregierung den Termin der Neuwahl durch Verzögerung der Zulassung, die verspätete Vorlage des Volksbegehrens an den Landtag, durch verschleppend Behandlung im Landtag selbst, die Ansetzung eines späten Termins zu Volksentscheid usw. in die Nähe der ordentlichen Wahlen bringen würde, die an sich spätestens im Mai 1959 stattfinden müßten. Eine Verlegung der Landtagswahlen um nur vier bis sechs Wochen ist aber für die SPD völlig uninteressant.

Aus diesen Gründen wurde der Antrag des SPD-Landesvorstandes auf die Zulassung eines Volksbegehrens in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten zurückgezogen. Trotz dieser Zurücknahme des Antrages wird die SPD die politische Seite des Verhältnisses der Landesregierung noch im Landtag zur Sprache bringen."

Soweit die Erklärung des Landesvorstandes, wie richtig sein Verhalten war, den Antrag zurückzuziehen, geht nicht zuletzt aus dem Kommentar des CDU/CSU-Pressedienstes vom 1. August hervor, der mit häßlicher Schadenfreude bemerkte, die Landesregierung habe einen "klugen und wohlüberlegten Weg" gewählt und den Antrag der Sozialdemokraten "völlig entgiftet". Die SPD ging der CDU jedenfalls nicht auf den Verfassungsschutzlein. Über ihre Verschleppungstaktik dagegen dürfte - entsprechend der Ankündigung des SPD-Landesvorstandes - noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.